

Wettbewerbsfähigkeit

"Die Kritik an uns ist durchaus berechtigt"

Der ökonomische Klassenprimus schwächelt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gibt zu, dass die Wettbewerbsfähigkeit leidet. Top-Ökonomen fordern einen wirtschaftsfreundlicheren Kurs.

Von Jan Dams, Martin Greive und Karsten Kammholz



Foto: REUTERS Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hält Maßnahmen für mehr Wettbewerb für nötig – "und zwar bald und konkret"

Ein Gefühl ist zuweilen stärker als abwägende Argumente. Wie in dieser Woche, als die Börsen weltweit tief ins Minus rutschten. Als Anlegern bewusst wurde, dass die schlechtere Lage der Weltwirtschaft nicht mit den hohen Kursständen zusammenpasste. Vor allem in der Euro-Zone nicht. Frankreich und Italien reformieren ihre Wirtschaft viel zu zögerlich. In Athen bleibt die politische Lage äußerst unübersichtlich. Und Deutschland tut aus Sicht der Investoren zu wenig gegen Europas Abschwung. Der Klassenprimus schwächelt.

Unternehmensvertreter verlangen von der großen Koalition, auf einen wirtschaftsfreundlicheren Kurs einzuschwenken. "Die Bundesregierung sollte einen sofortigen Stopp für sämtliche weitere Belastungen setzen", sagt Eric Schweitzer, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gibt zu, dass Deutschland mehr für seine Wettbewerbsfähigkeit tun müsse – "und zwar bald und konkret. Da ist die Kritik an uns durchaus berechtigt."

Mehr investieren will er auch – etwa bei der Digitalunion, der Energieunion und in die Infrastruktur. Darüber wollen Schäuble und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) laut Beobachtern auch am Montag bei einem

Treffen mit ihren beiden französischen Kollegen beraten. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will zudem Erleichterungen für Wagniskapital präsentieren. Aber Kosten darf es nicht viel. Schäuble weigert sich, mit Schulden die Konjunktur anzukurbeln. Ein Banker soll ihn deswegen sogar des "Wirtschaftsterrorismus" geziehen haben.

"Dogmatismus ohne Sinn ist immer ein Problem"

Offiziell überspielt Merkels Koalition noch die Dissonanzen. Aber in den Ländern zeigen sich erste Absetzbewegungen vom deutschen Nein zu den Forderungen von Angelsachsen, Italienern und Franzosen. "Auch aus ureigenstem deutschem Interesse muss die Bundesregierung dazu beitragen, dass die EU Perspektiven für die südeuropäische Wirtschaft schafft", sagt Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). "In Deutschland müssen wir mehr in die Zukunft investieren."

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sagt zu der Diskussion: "Dogmatismus ohne Sinn ist immer ein Problem." Die schwarze Null sei kein Wert an sich. Es gehe um Vertrauen der Märkte in eine solide Finanzpolitik. Die Bundesländer hätten sich auf der Ausgabenseite sehr angestrengt. Das dürfe man jetzt nicht ohne Weiteres zunichtemachen. Zugleich aber fordert Albig "höhere Investitionen in unsere Infrastruktur, weil sie die Voraussetzung für künftigen Wohlstand sind."

Ausgeglichene Etats nützen nichts bei "einer kaputten Infrastruktur": "Wir werden dafür mittelfristig mehr Einnahmen organisieren müssen", so Albig. Marcel Fratzscher vom Wirtschaftsinstitut DIW verlangt von Berlin sogar, sich so stark wie möglich zu verschulden: "Die Bundesregierung sollte ihren Spielraum bei der Schuldenbremse ausreizen." Denn: "Wir wachen langsam auf und realisieren, dass die konjunkturelle Lage ernster ist als angenommen und der Trend ganz klar nach unten zeigt." Der Druck auf die Bundesregierung wächst – aus allen Richtungen.

Ökonomen strafen die Regierung ab



Kritik an der Rentenreform und dem Mindestlohn: Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute werfen der Bundesregierung überzogenes Sparen vor. Sie plädieren für Steuersenkungen und neue Impulse.